

Antikriegstag, 1. September 2012

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of the letters 'DGB' in a bold, white, sans-serif font, set against a red, parallelogram-shaped background that is tilted to the right.

Frieden und Solidarität der Völker stärken – die Weltwirtschaft neu ordnen

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen einer der schrecklichsten Kriege der Menschheitsgeschichte mit 60 Millionen Toten. In Erinnerung daran erneuert der Deutsche Gewerkschaftsbund anlässlich des Antikriegstages sein Bekenntnis zu Frieden und Solidarität der Völker und fordert den Vorrang ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen.

Von stabilem Frieden auf der Welt sind wir weit entfernt. Mit großer Sorge beobachtet der DGB, wenn politische Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Gruppen innerhalb eines Landes mit Waffengewalt ausgetragen werden sollen. Bei den aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen ist die Zivilbevölkerung besonders betroffen. Vor allem Frauen und Kinder, alte Menschen, ethnische oder religiöse Minderheiten sind die Kriegsopfer.

Ziel internationaler Friedensbemühungen muss es sein, die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen von Kriegen zu beseitigen.

Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden. Der DGB setzt sich daher seit langem für strenge Regeln bei Rüstungsexporten und für die Vernichtung aller Atomwaffen ein. Für eine langfristig angelegte globale Friedenspolitik gilt es, die Hauptursachen von Kriegen und Gewalt in den Blick zu nehmen.

Im Juni 2012 hat in Rio de Janeiro der sogenannte „Rio plus 20-Gipfel“ stattgefunden. Er hat die durch gegenseitige Blockade der Staaten verursachte Handlungsunfähigkeit der Staatengemeinschaft angesichts der Armuts-, Ernährungs- und Klimakrise dramatisch vor Augen geführt. Hinzu kommt: Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.

Diese Krisen sind von Menschen gemacht und erhöhen die Gefahr, dass kriegerische Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen zunehmen. So lange Menschen an Krisen und Kriegen genauso verdienen wie an der Spekulation mit Nahrungsmitteln oder an Waffengeschäften – so lange werden die Krisenursachen nicht beseitigt werden können.

Soziale Ungleichheit, politisches Unvermögen sowie kulturelle und religiöse Unterdrückung, Gier und Korruption sind Ursachen von Kriegen. Ihre Beseitigung ist die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Friedenspolitik. Friedenspolitik muss endlich Präventionspolitik werden.

Nur eine andere Politik, der entschlossene Kampf für den Zugang zu sauberem Wasser, für ausreichende Ernährung und gegen Ausbeutung sowie das Streiten für sozialen Fortschritt, gerechte Verteilung sowie Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte können dauerhaft Frieden schaffen. Die Achtung der Werte Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit ist die Grundlage für eine friedlichere Welt und eine gerechtere Wirtschaftsordnung.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein und sicher leben können. Wir bekennen uns zu den Grundwerten Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Respekt und Würde. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft kein Raum gegeben werden. Wir wollen den Schulterschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften und gemeinsam Flagge zeigen gegen Terror und Unmenschlichkeit.

Verantwortlich: DGB Bundesvorstand, Berlin